

08.05.2018

Beschlussvorlage

Finanzplatz Deutschland stärken, Chancen nutzen, Vertrauen geben und Stabilität wahren

Der Finanzplatz Deutschland verfügt mit Frankfurt und der Rhein-Main-Region über eines der größten Finanzzentren der Welt, das zahlreiche Arbeitsplätze und damit einer Vielzahl von Menschen ein Einkommen bietet. Wichtige Einrichtungen sind die Europäische Zentralbank (EZB), die Einheitliche Bankenaufsicht (SSM), die Europäische Versicherungsaufsichtsbehörde (EIOPA), der Europäische Systemrisikorat (ESRB), die Deutsche Bundesbank und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin) sowie Europas größte Derivatebörse (Eurex Deutschland) und die bedeutendste Wertpapierbörse der Euro-Zone (Frankfurter Wertpapierbörse). Der Finanzplatz Deutschland stellt mit den Banken und Börsen der Wirtschaft vielfältige Möglichkeiten zur Kapitalbeschaffung bereit. Damit profitieren auch viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom Finanzmarkt. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU spricht sich dafür aus, den Finanzplatz Deutschland in Zukunft weiter zu stärken und als eines der größten Finanzzentren der Welt zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU bedauert die Entscheidung der Briten für den Brexit. Aus dem bevorstehenden Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ergeben sich gleichzeitig jedoch Chancen, Deutschland als Finanzplatz zu stärken und Frankfurt am Main zum europäischen Finanzhandelszentrum in der EU auszubauen. Diese Chancen wollen wir bestmöglich zum Wohle der Menschen in Deutschland nutzen und zugleich die Stabilität der Europäischen Gemeinschaft insgesamt stärken. Die Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen hat großen Einfluss auf die bisher in London zwischen Banken bzw. Wertpapierunternehmen auch in Euro stattfindende Verrechnung und Abwicklung gegenseitiger Finanztransaktionen. Deshalb ist für uns selbstverständlich, dass dieses Euro-Clearing nur innerhalb der Euro-Zone stattfinden kann und daher aus London verlagert werden muss. Frankfurt stellt dabei den idealen Standort für das zukünftige Euro-Clearing dar, da der Finanzplatz mit der Deutschen Börse, einer Vielzahl von Großbanken, der Nähe zu den Aufsichtsbehörden und einer hervorragenden Infrastruktur beste Voraussetzungen hierfür bietet.

Deutschland muss auch in Zukunft als internationaler Regulierungs- und Aufsichtsstandort gestärkt werden. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU spricht sich grundsätzlich für eine gleiche Regulierung gleichartiger Angebote aus (level playing field). Zugleich soll eine Regulierung mit Augenmaß stattfinden, die gerade kleinere und mittlere Marktteilnehmer, wie beispielsweise Sparkassen und Genossenschaftsbanken oder kleinere Versicherungsinstitute, nicht unangemessen benachteiligt. Dabei gilt unser Grundsatz: So wenig Regulierung wie möglich, so viel wie nötig. Die Europäische Kommission muss bei neuen Regulierungsvorhaben im Rahmen der Bankenaufsicht prüfen, ob für bestimmte Institute aufgrund ihrer Größe, Komplexität und ihres Geschäftsmodells auf eine vollständige Anwendung dieser Vorschriften verzichtet werden kann. Kleinere, nicht international tätige Banken und Sparkassen sowie Förderbanken sind wegen ihrer verminderten systemischen Risikoanfälligkeit und Komplexität von überproportional belastenden Regelungen zu befreien („Small Banking Box“).

Wir wollen, dass Bürger, Wirtschaft und Banken von neuen Angeboten und Technologien innovativer Unternehmen im Finanzsektor, den sogenannten FinTechs, profitieren können. Dafür werden wir geeignete Rahmenbedingungen schaffen. Ein zentraler Aspekt ist für uns dabei die Sicherheit der Verbraucherdaten. Wir wollen, dass die Aufsicht die Entwicklung im FinTech-Bereich intensiv verfolgt, damit sie stets einen aktuellen Überblick über Risiken und Regulierungsbedarf hat. Um einen schnelleren Marktzugang zu ermöglichen, wollen wir das Erlaubnisverfahren für FinTechs beschleunigen, ohne Schutzstandards abzusenken. Um den Fin-Tech-Standort Deutschland zu fördern und zukunftsfest auszugestalten, aber auch um insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in der Gründungs- und Wachstumsphase zu unterstützen, wollen wir die Rahmenbedingungen für Wagniskapital weiterhin verbessern. Unternehmen sollen gute Chancen haben zu wachsen, neue Produkte anzubieten und Märkte zu eröffnen. Der Wagniskapitalmarkt muss zukunftsgerichtet sein und innovativen Unternehmen den Zugang zu Kapital ermöglichen. Wichtig ist eine Förderung, die darauf ausgerichtet ist, mehr privates Kapital, insbesondere von institutionellen Investoren für Wagniskapital zu mobilisieren. Auch die steuerlichen wie rechtlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapitalgeber wollen wir überprüfen und gegebenenfalls anpassen, um die Attraktivität für Wagniskapital-Investitionen weiter zu erhöhen.

Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU stellt fest, dass die Europäische Union sich als ein historisch einzigartiges Friedens- und Erfolgsprojekt erwiesen hat. Wir wollen die EU weiterentwickeln und dabei noch stabiler und zukunftsfester machen. Zugleich sind wir der festen Überzeugung, dass die EU kein Umverteilungsprojekt werden darf. Risiko und Haftung müssen weiterhin zusammengehören. Für Entscheidungen, die auf nationaler Ebene getroffen werden, muss die nationale Ebene auch die Verantwortung tragen. Freiheit und Verantwortung sind zwei Seiten einer Medaille. So setzt beispielsweise eine europäische Einlagensicherung im Rahmen einer Bankenunion zunächst die deutliche Reduzierung der Risiken im europäischen Bankensystem voraus, insbesondere den Abbau notleidender Kredite. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU erteilt einer Transferunion eine klare Absage und spricht sich sowohl gegen eine Schuldenvergemeinschaftung als auch gegen eine institutionelle Verselbstständigung ohne parlamentarische Verantwortlichkeit aus. Die geplante Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem Europäischen Währungsfonds und die Konzepte für zusätzliche Finanzmittel zur Verbesserung der wirtschaftlichen Konvergenz im Euro-Raum werden unmittelbare Folgen für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik bis in das kommende Jahrzehnt haben. Die Unionsfraktionen des Bundes und der Länder werden diese Kontrolle im Rahmen der Budgethoheit der Parlamente umfassend ausüben. Die von der Kommission vorgeschlagene Schaffung eines europäischen Wirtschafts- und Finanzministers wird von der Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU abgelehnt. Eine stärkere Zentralisierung von Kompetenzen bei der Kommission und Vermischung von Verantwortlichkeiten kann bestehende finanzpolitische Zielkonflikte zwischen Mitgliedstaaten nicht auflösen, sondern würde diese lediglich auf eine andere Entscheidungsebene verlagern.

Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Europäischen Institutionen müssen für eine stabile Finanzpolitik Sorge tragen. Dabei müssen Finanz- und Geldpolitik strikt getrennt werden. Die Europäische Zentralbank muss zukünftig noch stärker als bisher als Garant für Stabilität und Verlässlichkeit wahrgenommen werden. Wir wollen, dass das in die erfolgreiche Deutsche Bundesbank gesetzte Vertrauen, die zu Recht international sehr hohes Ansehen genießt, auf ganz Europa abstrahlt. Die im kommenden Jahr anstehende Neuwahl des Präsidenten der Europäischen Zentralbank bietet eine Chance, ein klares Zeichen für Stabilität und Vertrauen in die europäische Finanz- und Geldpolitik zu setzen.